

Noch in dieser Ausgabe:

| | | | |
|-------------------------------|------|--------------------------------------|-------|
| Zahlen zum Grundeinkommen | S. 4 | Das große Jammern | S. 10 |
| Der Aufschwung rast... vorbei | S. 6 | Die LINKE im Bremer Parlament | S. 11 |
| Linkspartei auf Rekordhoch | S. 7 | Lesetresen im Cralle | S. 12 |
| Die neue <i>Linke Teil 5</i> | S. 8 | Glosse: Fett im Hirn... | S. 14 |

uff'n wedding

Kiezzeitung vom LinksTreff

Interview mit Katja Kipping MdB

Für ein selbst bestimmtes Leben

uff'n wedding: *In letzter Zeit hört man immer mehr über die Forderung nach einem Grundeinkommen, aus den unterschiedlichsten politischen und gesellschaftlichen Lagern. Das Spektrum reicht von GroßunternehmerInnen wie Götz Werner über WissenschaftlerInnen wie Thomas Straubhaar vom Weltwirtschaftsinstitut, kirchliche Organisationen bis zu Wohlfahrtsverbänden und Arbeitsloseninitiativen, wie man der Mitgliederliste des von Dir initiierten Netzwerks Grundeinkommen entnehmen kann. Gibt es eine gemeinsame Basis, auf die sich die unterschiedlichen Konzepte stützen?*

Katja Kipping: Bei der Gründung des parteienunabhängigen Netzwerkes Grundeinkommen verständigten sich die Gründungsmitglieder auf vier Kriterien: Mindestteilhabe sichernd, individueller Rechtsanspruch, keine Bedürftigkeitsprüfung und kein Zwang zur Arbeit. Diese Kriterien verdeutlichen schon, dass nicht überall, wo heutzutage Grundeinkommen draufsteht, auch wirklich ein bedingungsloses Grundeinkommen drin ist.

Der Ruf nach einem bedingungslosen Grundeinkommen wirkt auch in der Linken polarisierend und löst zunehmend



Katja Kipping

stellvertretende
Vorsitzende der
Linkspartei.PDS

Mitglied des Deutschen
Bundestages
(sozialpolitische
Sprecherin)

mehr grundsätzliche Debatten über die Frage, wie wir in Zukunft leben und arbeiten wollen, aus. Wäre seine Einführung also viel mehr als nur eine Absicherung in Notfällen?
Fortsetzung auf Seite 2

Genau darin liegt ja der Reiz des Bedingungslosen Grundeinkommens. Beim BGE handelt es sich um ein Bürgerrecht, das allen zusteht. Es ist somit die Grundvoraussetzung für ein selbst bestimmtes Leben. Damit entfällt die Abhängigkeit von der Gnade anderer und die Erniedrigung, um Hilfe bitten zu müssen. Grundsicherungsmodelle hingegen brechen nicht mit der Abhängigkeit von der Gnade einer Institution, die für die Prüfung der Bedürftigkeit und der Arbeitswilligkeit zuständig ist. Damit eröffnen sie immer die Gefahr von Repressionen.

Zweifelsohne wäre eine wirkliche soziale Grundsicherung, wie sie beispielsweise die Linksfraktion fordert, eine Verbesserung gegenüber dem status quo.

Wer sich politisch einbringen will, muss sich die Fahrt zur Demo oder die Tageszeitung leisten können. Schon deswegen setzt politische Partizipation ein Mindestmaß an materieller Absicherung voraus. Das BGE ermöglicht allen unabhängig von Ihrer Stellung im Arbeitsmarkt dieses Minimum an gesellschaftlicher Teilhabe. Insofern wirkt das BGE auch als Demokratiepauschale.

Gerade im linken Lager wird oft als Gegenargument angeführt, ein Grundeinkommen würde zum gemütlichen Einrichten im Kapitalismus führen.

Diese Logik zu Ende gedacht, landet man bei der Verelendungstheorie. Mein

Diese Logik zu Ende gedacht, landet man bei der Verelendungstheorie. Mein Eindruck ist aber, Not lehrt eher Stehlen als das Kapital lesen.

Auch sollte die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens immer im Zusammenhang mit einem gesetzlich garantierten Mindeststundenlohn diskutiert werden.

Eindruck ist aber, Not lehrt eher Stehlen als das Kapital lesen.

Von Gewerkschaftsseite hört man oft, ein Grundeinkommen sei die Kapitulation vor der Massenarbeitslosigkeit und für die

Forderung nach einem Mindestlohn kontraproduktiv.

Das ist natürlich eine Unterstellung. Auch

GrundeinkommensbefürworterInnen wissen, dass Erwerbslosigkeit wider Willen für den einzelnen eine enorme Belastung darstellt. Meine Prognose ist, dass in einer Grundeinkommens-Gesellschaft die erzwungene Erwerbslosigkeit abnimmt. Linke ArbeitsmarktextpertInnen können gegenwärtig nur drei Strategien zum Abbau der erzwungenen Arbeitslosigkeit nennen: erstens Ausbau der Öffentlichen Beschäftigung, zweitens Verteilung der existierenden Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung und drittens Ankurbelung der Konjunktur durch Steigerung der Massenkaukraft. In einer Grundeinkommensgesellschaft wird die Binnenkaukraft gestärkt, weil die einkommensschwachen Haushalte mehr Geld bekommen, und die Arbeitszeitverkürzung befördert. Dies sind zwei zentrale Strategien,

um mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Zudem sieht beispielsweise das Modell der BAG Grundeinkommen in und bei der Linkspartei weiterhin gezielte Beschäftigungspolitik vor. Mit einem hingegen wollen sich GrundeinkommensbefürworterInnen tatsächlich nicht abfinden lassen: Damit, dass man die Menschen, die keine Arbeit finden können, gegenwärtig zu einem Leben in Armut verdonnert und sie darauf vertröstet, dass es demnächst wieder Vollbe-

schäftigung geben wird.

Auch sollte die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens immer im Zusammenhang mit einem gesetzlich garantierten Mindeststundenlohn diskutiert werden.

Die Kosten müssten ja letztlich von den Erwerbstätigen aufgebracht werden. Sie müssten also auch für die Menschen mitarbeiten, die nicht bereit sind, ihrerseits etwas für die Gesellschaft zu tun. Ist das denn gerecht?

Wieso eigentlich wird ‚etwas für die Gesellschaft tun‘ nur mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt? Immer noch müs-

sen Frauen den großen Teil der Haus- und Erziehungsarbeit weg tragen. Und komischerweise will deswegen trotzdem niemand den Männern das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe absprechen. Außerdem lebt unsere Gesellschaft auch von politischen und ehrenamtlichen Engagement. Zudem gibt es Arbeit, die eher schädlich für die Gemeinschaft ist, z.B. die Arbeit eines Unternehmers, der Geld mit Abholzen des Regenwaldes verdient, oder die Arbeit in einer Rüstungsfabrik.

Im Gegensatz zu Grundsicherungsmodellen liegt der große Vorteil des Grundeinkommens darin, dass auch Beschäftigte es ebenfalls erhalten. Im übrigen profitieren gerade Beschäftigte vom BGE. Das Damoklesschwert Erwerbslosigkeit wirkt umso disziplinierender, je schlimmer die Lebenssituation von Erwerbslosen ist. Wenn jeder ohne Repressionen rund 1000 Euro sicher bekommt, ist der Noch-Beschäftigte nicht

mehr in dem Maße erpressbar. Dies ist eine deutlich bessere Voraussetzung, um kürzere Arbeitszeiten, bessere Bezahlung und mehr Mitbestimmung einzufordern.

Vincent van Gogh, der selbst nur ein einziges Bild verkaufen konnte, wurde zu Lebzeiten von vielen als Nichtsnutz angesehen, der nur auf Kosten seines Bruders lebte. Heute gelten seine Werke als wichtiges Kulturgut. Klaus Esser bekam für seine neunmonatige Tätigkeit als Vor-

standsvorsitzender 16,5 Millionen Euro. Ein Stahlarbeiter bei Mannesmann hätte für diese Summe 330 Jahre arbeiten müssen. Ist das gerecht?

Der Ministerpräsident von Thüringen Dieter Althaus hat

ein Bürgergeld vorgeschlagen. Ist die CDU also auf Deiner Linie?

Zunächst muss man sagen, dass das Bürgergeldmodell von Herrn Althaus in punkto Repressionen einen deutlichen Fortschritt gegenüber der aktuellen CDU Politik, die auf immer mehr Repressionen gegen Erwerbslose setzt, darstellt. Insofern ist die CDU im Bundestag nicht auf der Linie von Herrn Althaus.

Es gibt aber klare Unterschiede zwischen Bürgergeld und Grundeinkommen. Das Bürgergeld von Dieter Althaus bedeutet für einen Single weniger als Hartz IV. Zudem zielen Bürgergeldmodelle in der Regel auf eine Entlastung der Unternehmen durch Senkung der Arbeitsgeberbeiträge. Während linke Grundeinkommensmodelle natürlich im Gegenteil die Reichen und die großen Unternehmen stärker zur Kasse bitten wollen.

Konzept der BAG Grundeinkommen in und bei der Linkspartei.PDS

Für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)

Das hier skizzierte Konzept eines BGE ist die Endausbaustufe des BAG GE-Konzepts zum Umbau des sozialen Sicherungssystems. Es ist als Ergänzung zu bestehenden Forderungen und Beschlüssen der Linkspartei.PDS konzipiert. Im Folgenden sollen die konkrete Ausgestaltung und Finanzierung des Konzepts für ein Bedingungsloses Grundeinkommen kurz erläutert werden.

1. Das Bedingungslose Grundeinkommen

Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) soll als Ergänzung zum gesetzlichen Mindestlohn eingeführt werden. Jedem Menschen ab 16 Jahren wird ein individuelles, nicht an eine Bedürftigkeitsprüfung und nicht an eine Arbeitsverpflichtung geknüpftes Grundeinkommen garantiert. Das bedingungslose Grundeinkommen soll für Menschen ab 16 Jahren 60% des mediangemittelten Nettoäquivalenzeinkommens in Deutschland betragen (dies entspricht der Armutsrisikogrenze, zur Zeit etwa 950 Euro). Ein modifiziertes Wohngeld wird weiterhin gewährt. Bestimmte Mehrbedarfe können weiterhin in Form einer Sozialhilfe gewährt werden.

Das BGE wird, im Gegensatz zu einem bedürftigkeitsgeprüften und bedingten Transfer ohne Altersbeschränkung an alle Menschen, unabhängig davon, ob sie einer Erwerbsarbeit nachgehen bzw. wie viel sie verdienen, gezahlt. Das BGE ist mit einem Erwerbseinkommen voll kumulierbar. Für alle Menschen mit einem zusätzlichen Einkommen bedeutet dies also, dass sich das Gesamteinkommen

aus Nettoeinkommen plus BGE zusammensetzt. Bei einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,60 Euro, der etwa der Nettolohnuntergrenze der Europäischen Sozialcharta von 60% des durchschnittlichen Nettolohns entspräche, hat jeder Mensch, der 35 Stunden pro Woche arbeitet, nach diesem Konzept ein garantiertes Nettoeinkommen von ca. 1.620 Euro (vgl. Tabelle 1). Jedes Kind bis 16 Jahre erhält 30% des mediangemittelten Nettoäquivalenzeinkommens (z. Zt. etwa 475 Euro pro Monat).

Das Bedingungslose Grundeinkommen ersetzt die meisten steuerfinanzierten Sozialleistungen (Grundsicherung für Arbeitssuchende = ALG II, Grundsicherung für Ältere und Erwerbsgeminderte, Sozialhilfe, BaFöG, Erziehungsgeld, Kindergeld) und die gesetzliche Rentenversicherung für einen Teil des Bruttoeinkommens (da das Bedingungslose Grundeinkommen auch eine gesetzlich garantierte Basisrente für alle RentnerInnen ist).



2. Wie viel hat Mensch netto bei diesem BGE-Konzept?

Tabelle 1: Übersicht über die Höhe des Nettoeinkommens (alle Angaben in Euro)

| | | | | | | | | | | | | | |
|--------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|--------|--------|--------|
| Bruttoeinkommen | 750 | 1.300 | 1.600 | 2.000 | 2.500 | 3.000 | 4.000 | 5.000 | 6.000 | 7.000 | 10.000 | 15.000 | 30.000 |
| EK-Steuer | 0 | 24 | 53 | 97 | 162 | 237 | 422 | 650 | 900 | 1.150 | 1.900 | 3.150 | 6.900 |
| GE-Abgabe | 263 | 455 | 560 | 700 | 875 | 1.050 | 1.400 | 1.750 | 2.100 | 2.450 | 3.500 | 5.250 | 10.500 |
| Beitrag KV/PV | 49 | 85 | 104 | 130 | 163 | 195 | 260 | 325 | 390 | 455 | 650 | 975 | 1.950 |
| Netto ohne BGE | 401 | 671 | 803 | 973 | 1.175 | 1.368 | 1.718 | 2.025 | 2.310 | 2.595 | 3.450 | 4.875 | 9.150 |
| Netto mit BGE | 1.351 | 1.621 | 1.753 | 1.923 | 2.125 | 2.318 | 2.668 | 2.975 | 3.260 | 3.545 | 4.400 | 5.825 | 10.100 |
| Netto in % des Brutto EK | 180 | 125 | 110 | 96 | 85 | 77 | 67 | 60 | 54 | 51 | 44 | 39 | 34 |
| Netto EK Single heute | 595 | 938 | 1.072 | 1.265 | 1.494 | 1.708 | 2.130 | 2.547 | 3.041 | 3.565 | 5.135 | 7.751 | 5.600 |

Weitere Infos zum Grundeinkommen: www.dielinke-bag-grundeinkommen.de

www.archiv-grundeinkommen.de

Der Aufschwung rast vorbei

Die Wahrheit hinter den Arbeitslosenzahlen

Die Bundesagentur für Arbeit hat die offiziellen Erwerbslosenzahlen für April turnusmäßig veröffentlicht.

Obwohl die Menschen in den Schlangen vor den Arbeitsämtern nichts davon spüren, ist die Erwerbslosigkeit in Deutschland unter 4 Mio. gesunken und liegt offiziell bei 3,967 Mio. Die Politiker sind glücklich. Dieses Ergebnis wurde von Ihnen euphorisch begrüßt und showartig gefeiert. Die Medien sind sich überwiegend einig: „Es geht aufwärts!“ „Der Aufschwung gewinnt an Fahrt!“ „Den Reformen sei Dank!“ „Wir sind über den Berg!“ Solche und ähnliche Schlagzeilen waren in den letzten Wochen auf den Titelseiten der Zeitungen zu lesen.

In der Tat aber sind diese Zahlen und die der vorhergehenden Monate über die

anstalt für Arbeit wird Jahr für Jahr unverfrorener gefälscht. Politiker nutzen statistische Manipulationen gerne, um sich in ein besseres Licht zu rücken.

De facto sind die Arbeitslosenzahlen ungeeignet, den tatsächlichen Sachverhalt in diesem Land darzustellen und haben so gut wie keine Aussagekraft.

Nach Meinung der Gewerkschaften gibt es derzeit etwa 7 Mio., nach Meinung anderer seriöser Experten bis zu 10 Mio. Arbeitssuchende. Es geht daher um eine vom Staat systematisch beabsichtigte Manipulation. Die "Dämme der Scham" sind längst gebrochen.

Niedrigere Erwerbslosenzahlen - trotz sinkender Beschäftigung -, dieser Widerspruch wird von der Bundesanstalt für Arbeit ganz am Rande mit

"entlastenden Effekten durch die Hartz IV-Reform" erklärt.

Tatsächlich erhalten heute 6.291.000 Menschen AIG I (1.342.000) und AIG II. Doch davon gelten nur 3.967.000 als offiziell arbeitslos.

Erstens verschweigen die aktuellen Zahlen, dass sich ca. 1,4 Mio. Menschen mit staatlich finanzierten Beschäftigungsprogrammen, Qualifizierungsmaßnahmen oder Ein-

Qualifizierungsmaßnahmen oder Ein-



offiziell registrierten Erwerbslosen eine vielfache Lüge. Die Statistik der Bundes-

Euro-Jobs über Wasser halten müssen. Allein damit erhöht sich die Zahl der real Erwerbslosen auf rund 5,3 Mio.

Zweitens wurde eine enorme Zahl von Menschen nicht registriert, die zwar arbeiten, aber davon nicht leben können. Insgesamt sind momentan 39,1 Mio. Menschen in der BRD erwerbstätig. Davon aber hatten 4,47 Mio. nur eine geringfügige Beschäftigung, 11 Mio. arbeiten auf Teilzeitbasis. Das heißt, immer mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte verdienen so wenig (zurzeit 602.000), dass sie auch noch AIG II beziehen müssen, 1,95 Mio hatten nur einen Minijob.

Drittens arbeiten bereits heute 3 Mio. Menschen weniger als 15 Std. pro Woche, fallen jedoch - dank Hartz IV - aus der Statistik, weil sie nicht mehr als erwerbslos zählt.

Des weiteren gibt es inzwischen bereits 1.020.000 Menschen, die von Vorruhestands-ähnlichen Regelungen Gebrauch machen und ebenfalls unter den Tisch fallen.

Auch nimmt inzwischen die Zahl der Selbstständigen enorm zu. Ca. 4,41 Mio Menschen führen einen eigenen Betrieb. Davon entfällt ein erheblicher Teil auf Ich-AGs und verschwindet aus der Statistik.

Obwohl die Maschinenbauindustrie den größten Auftragszuwachs seit 30 Jahren verbuchen kann und die Großunternehmen Rekordbilanzen erzielen (Das Wirtschaftswachstum betrug 2006 2,7 %), sanken die realen Nettolöhne im letzten Jahr erneut um 1,7%.

Trotz der täglichen Jubelmeldungen haben die meisten Arbeitnehmer den Eindruck, dieser Aufschwung sei noch nicht bei ihnen angekommen und nur sehr wenige Arbeitslose profitieren von der guten

konjunkturellen Situation. Eine Arbeit im Niedriglohnssektor zu Hungerlöhnen kann für niemanden erstrebenswert sein.

Auch die staatlich verordnete Eurphorie kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Hartzgesetze nur eine beispiellose Sozialkürzung waren und gesetzliche Mindestlöhne und vernünftige Tarifabschlüsse unabdingbar sind, denn jeder muss von seiner Arbeit leben können.

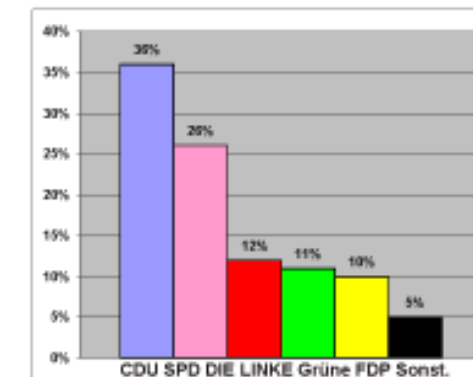
Arslan Yilmaz

Die Quelle der im Artikel verwendeten Daten und Zahlen ist die Landeszentrale für Politische Bildung, Berlin.

Linkspartei auf Rekordhoch

Nach der letzten Maiumfrage des Instituts Forsa „Wenn am Sonntag Bundestagswahlen wären“ legte die Linkspartei um zwei Prozentpunkte zu auf zwölf Prozent und ist damit drittstärkste Kraft in Deutschland.

Offenbar stellen die Wähler fest, dass **DIE LINKE** die Interessen der Mehrheit der Bürger vertritt, während die Große Koalition einen Sozialabbau nach dem anderen gegen ihren Willen durchpeitscht.



Quelle: Forsa im Auftrag RTL, Stern

Am 15. und 16. Juni vereinigen sich Linkspartei, PDS und WASG zur neuen Partei DIE LINKE. Eine historische Chance für alle linken demokratischen Kräfte, gemeinsam für eine gerechte, den Menschen in den Mittelpunkt stellende Gesellschaft zu kämpfen. Für welche Werte die neue Partei steht und welche Ziele sie verfolgt, stellen wir seit der Februarausgabe vor mit Auszügen aus den programmatischen Gründungsdokumenten.

Gemeinsam wollen wir eine Partei, wie es sie in Deutschland noch nicht gab. Linke einigend, demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und antipatriarchalisch, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend.

Wir sind Teil der Europäischen Linken, der sozialen und Friedensbewegungen.

III. Unsere Alternative: Soziale, demokratische und friedensstiftende Reformen zur Überwindung des Kapitalismus

2. Wirtschaft und Umwelt:

Nachhaltig dem Gemeinwohl verpflichtet statt kapitaldominiert und umweltzerstörend

Die herrschende Politik hat die Macht der Finanzmärkte, der transnationalen Kapitalgesellschaften, der Marktsteuerung und der Großkonzerne gestärkt. 500 Konzerne kontrollieren die Hälfte des Weltsozialproduktes. In den Machtzentren des Finanzkapitals wird weltweit nahezu unkontrolliert über Investitionen, Arbeitsplätze und die Lebensperspektiven von Milliarden Menschen entschieden. Die Kapitalrendite ist wiederum zum Maß aller Verhältnisse geworden. Die heutige Wirtschaftsordnung führt zu Niedrigstlohnkonkurrenz, Armutsmigration, Umweltzerstörung, bedrohlichem Klimawandel, schreiender Ungerechtigkeit und Elend für sehr viele Menschen. DIE LINKE tritt für das Primat demokratischer Politik über die Wirtschaft

sowie für einen sozialen und ökologischen Wandel in der Europäischen Union ein. Alternative Wirtschaftspolitik ist gestalten- de Politik. Sie zielt auf ein starkes Gewicht sozialstaatlicher Politik gegen deren Unterordnung unter Marktzwänge.

Gewinnorientiertes unternehmerisches Handeln ist wichtig für Innovation und betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit, führt jedoch zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, zunehmender sozialer Ungleichheit und Spaltung, wenn es nicht gesellschaftlichen Schranken und Regeln unterworfen wird. Für mehr Investitionen und die Sicherung des Sozialstaates braucht der Staat Geld. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Zur Einleitung einer Wirtschafts- und umweltpolitischen Umkehr setzen wir uns ein für

● öffentliche beschäftigungsfördernde Zukunftsinvestitionsprogramme:

Die öffentlichen Investitionen und andere Ausgaben in Erziehung und Bildung, Forschung, Kultur, ökologischen Umbau und

DIE LINKE.
Die neue LINKE Teil 5

öffentliche Infrastruktur müssen mindestens um jährlich 40 Milliarden Euro angehoben werden.

● gerechte Steuerpolitik:

Konzerne und andere profitable Unternehmen müssen wieder deutlich mehr Steuern zahlen. Steuerschlupflöcher, die insbesondere Vermögende und Großverdiener begünstigen, sind konsequent zu schließen, und Wirtschaftskriminalität ist entschiedener zu bekämpfen. Veräußerungsgewinne beim Verkauf von Wertpapieren und Immobilien wollen wir ohne Spekulationsfristen besteuern. Der Spitzensteuersatz soll auf mindestens 50 Prozent angehoben werden.

● ökologischen Umbau der Energieversorgung.

Vorrangiges Ziel ist eine Wende in der Energiepolitik hin zu dezentralen Strukturen, die Überführung der Netze in öffentliche Hand und die demokratische Kontrolle der Energiepolitik...

● nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Umweltbelastende Stoff- und Energieflüsse sollen vermieden und Ressourceneffizienz von Wertschöpfungsketten gesteigert werden.

● soziale und ökologische Verkehrspolitik

Die Gewährleistung von Mobilität muss in den Mittelpunkt rücken. Wir brauchen Al-

ternativen zum individualisierten PKW-Verkehr. Der öffentliche Personenverkehr soll ausgebaut werden. Privatisierungen sind zu stoppen. Güterverkehr gehört auf die Schiene. Flugbenzin ist zu besteuern.

● umweltgerechte regionale Wirtschaftskreisläufe

Die regionale Herstellung und Vermarktung von Produkten aus Handwerk und Landwirtschaft soll gefördert werden, um Transporte zu vermeiden und die regionale Wertschöpfung zu steigern.

● den Ausbau der ökologischen Land- und Waldbewirtschaftung

Und die Förderung eines deutschland- und europaweiten Schutzgebietsystems zur Erhaltung der Artenvielfalt. Das Tierschutzgesetz ist konsequent durchzusetzen und zu verbessern.

● ein Steuer- und Abgabensystem, das umweltfreundliches Handeln fördert und die Umwelt schädigendes Verhalten belastet.

● die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte und die Dezentralisierung privater wirtschaftlicher Macht:

Dies verlangt unter anderem Beschränkung der Wertpapier- und Devisenspekulation, europäische Regelungen für die Eindämmung von Kapitaltransfers in Steueroasen sowie eine Verschärfung der Kartellgesetzgebung.

● die Förderung von Genossenschaften und anderer Formen solidarischer Ökonomie.



Der gezielte Ausstieg aus dem Sozialstaat

Am Anfang steht das große Jammern

Ein perfides Spiel zur Automatisierung des Ausstiegs aus dem Sozialstaat ist seit einiger Zeit zu beobachten.

Am Anfang steht das große Jammern über die immer teurer werdenden und nicht mehr bezahlbaren Leistungen der Sozialversicherungssysteme. Dankbar aufgegriffen vom bundesdeutschen Blätterwald, um den Boden zu bereiten für „unvermeidliche“ Kürzungen und Einschränkungen sozialer Leistungen.

Dann werden Leistungen mit dem Rasenmäher beschnitten, um den Sozialstaat zu „retten“.

Das Arbeitslosengeld wird um Zweidrittel gekürzt, indem man die Bezugsdauer von 32 auf 12 Monate begrenzt.

In der Krankenversicherung werden Praxisgebühren und Zuzahlung bei Medikamenten eingeführt sowie ärztliche Leistungen eingeschränkt.

Die Rentenhöhe wird über Jahre eingefroren aufgrund zunehmenden Lohndumpings und Einbeziehung von Ein-Euro-Jobs in die Rentenberechnung. Bei der Gelegenheit kann natürlich auch noch das Rentenbezugsalter von 65 auf 67 erhöht werden, wenn schon gerade ein günstiges Klima für's „Gürtel enger Schnallen“ geschaffen wurde.

Die Arbeitslosenhilfe wird abgeschafft und durch Hartz IV ersetzt, womit die Bezüge der Langzeitarbeitslosen auf Sozialhilfeniveau abgesenkt und deren Anpassungen an die Preisentwicklung über Jahre ausgeschlossen werden, indem man den „Warenkorb“ an die Rentenerhöhungen anpasst, die, wie gesehen, aus anderen Gründen nicht erhöht werden.

Kurz darauf wundert man sich, dass die Sozialversicherungen Überschüsse „erwirtschaften“.

Der logische Menschenverstand würde sagen: Na gut, dann können wir ja die Kürzungen wieder zurücknehmen. Aber es geht nicht um logischen Menschenverstand, es geht um eine bewusst und gezielt in Gang gesetzte Spirale zum Ausstieg aus solidarischen Systemen.

Folglich stellen SPD und CDU Senkungen der Beiträge zu den Sozialversicherungen für das Wahljahr 2009 in Aussicht.

Wie es nach 2009 weitergeht?

Es beginnt das große Jammern über die immer teurer werdenden und nicht mehr bezahlbaren Leistungen der Sozialversicherungssysteme. Dankbar aufgegriffen vom bundesdeutschen Blätterwald, um den Boden zu bereiten für „unvermeidliche“ Kürzungen und Einschränkungen sozialer Leistungen.

Dann werden Leistungen mit dem Rasenmäher beschnitten, um den Sozialstaat zu „retten“.

Das Arbeitslosengeld wird um...

Werner Schulten



Herzlichen Glückwunsch...



...an Euch, liebe Genossinnen und Genossen in Bremen!

Was doch das gemeinsame Handeln der Linken in Deutschland vermag!

Bei Euch in Bremen ist es wieder einmal mehr nachhaltig unterstrichen worden, was alle Linke dazu bewegen sollte, sich der grundlegenden Erkenntnis praktisch anzuschließen: „**EINIGKEIT MACHT STARK!**“ Es war eine riesengroße Freude, die erste Hochrechnung zu lesen und zu wissen:

„**Wir sind im ersten Landesparlament in den alten Bundesländern präsent!**“

Wir hier von der Linkspartei im Berliner Wedding, einem Stadtteil Berlins mit langer Roter Tradition, gratulieren Euch ganz herzlich zu Eurem Erfolg. Er wird uns Ansporn sein, durch „Flagge zeigen“ dazu beizutragen, dass Links sein bedeutet, für soziale Gerechtigkeit, Leben in Menschenwürde und für bedingungslose Demokratie einzutreten sowie die Einheit von Wort und Tat zu praktizieren. Egal, ob in der Opposition oder in der Regierungsverantwortung.

Winfried Rietdorf

Vorsitzender der BO Wedding

im Namen aller unserer Mitglieder

Lesetresen im Cralle

vorgestellt von Werner Schulten

Bleibt uns gewogen

21. November 2005. Endlich war der Lesetresen zu Hause angekommen. Im Cafe Cralle, das eigentlich kein richtiges Cafe im herkömmlichen Sinne ist, sondern eine „Heimstätte für szenegeplagte Kneipengänger aus Mitte, vor allem aber Refugium für Wedding-Urgesteine“, wie die „Zitty“ es einmal beschrieben hat. Deshalb heißt es bei den zahlreichen Stammgästen auch einfach nur **Cralle**, das seine Existenz dem wohl ältesten Frauenkollektiv Berlins zu verdanken hat. In diesem Jahr feiert es sein 30jähriges Bestehen. Natürlich sind die Erfinderinnen längst nicht mehr hier aktiv, sondern haben ebenso wie zahlreiche danach Eingetretene ihren Platz Jüngeren überlassen, die sich wie ihre Vorgängerinnen hiermit ihr Studium oder eine andere Ausbildung finanzieren.

Das Cralle ist einer dieser in „Neumitte“ so selten gewordenen Orte, an denen Schickimicki und Smalltalk ebenso verpönt sind wie aufgesetzte Natürlichkeit. Genau darum ist der Lesetresen auch hier zu Hause.



Aber gehen wir ein halbes Jahr zurück in den März 2005.

Janoph Antenna, Galerist, Autor und ewig Suchender hatte eine vage Vorstellung von dem, was heute den Lesetresen ausmacht. Er suchte das Gespräch mit Hinark Husen, den ein Berliner Radiosender einmal so auszeichnete: "Er ist wirklich eine Weddingier Kiezgröße - eine wirkliche Kultfigur."

Und wie es so ist, wenn zwei kreative Geister aufeinander treffen, nahm die Idee auch schnell konkrete Formen an. Als in der Schererstraße das Kaffee Schmidt eröffnete, war dort der Montag ein Ruhetag, den wollten die Lesetresenerfinder gerne abgeschafft wissen. Der Wirt war schnell

einverstanden und ebenso schnell fand sich nicht nur ein interessiertes Publikum ein, sondern auch Menschen, die sich trauten, anderen etwas vorzulesen. Beim Lesetresen ist jeder herzlich willkommen, Leute aus dem Kiez, Junge und Alte, mit und ohne Bühnenerfahrung.

Nach einem halben Jahr im Schmidt zog der Lesetresen dann ins Cralle. Ursprünglich standen die beiden Initiatoren auch als Wirte hinter dem Tresen, inzwischen kann man aber wieder bei den deutlich professionelleren Cralle-Frauen sein Bierchen ordern und die Erfinder widmen sich ganz der Moderation und ihren Gästen. Außer, sie haben mal wieder eine Flasche „Mampe halb und halb“ mitgebracht. Der Erlös von einem Euro pro

Glas landet in der Spendendose, deren Inhalt die einmal jährlich stattfindende Lesetresen-Party finanziert.

„**Zu jeder vollen Stunde 15 Minuten lang Lesung**“ heißt es also jetzt montags in der Hochstädter Straße 10a.

Eine erstaunliche Vielfalt an Texten, auch selbstverfasste, und Themen konnte man in diesen zwei Jahren zu hören bekommen. Auszüge aus Biographien, dramatischer Weltliteratur, eine noch nie veröffentlichte Version von Rumpelstilzchen, selbst Kinder- und Kochbücher wurden schon mitgebracht, um vor einem erstaunten und wohlgesonnenen Publikum präsentiert zu werden.



Im letzten Jahr gab es eine der vielen Premieren, als Jan Koch seine Texte musikalisch vortrug und von der eisernen Regel „nach 15 Minuten ist Schluss“ abgewichen werden musste, weil die Rufe nach einer Zugabe nicht verstummen wollten.

Ob Odin, Christine und Rolf, die australische Geigenvirtuosin Marijke, Doris Göllner-Mohr mit ihren ans Zillemilieu erinnernden Berliner Mundartgedichten, die Cralle-Frauen mit einem gut abgestimmten Themenblock oder die Veranstalter selbst vor ihrem Auftritt stehen, wenn zur vollen Stunde die drei Glockentöne erklingen, weichen Musik und heftig geführte Debatten über die Veränderung der Gesellschaft oder über die Frage, wie die Hauptstadt von Antigua heißt, einer erwartungsvollen Stille.

Die beiden Macher betonen immer wieder, dass wirklich alles gelesen werden darf und die Vortragenden machen regen Gebrauch davon. In unregelmäßigen Ab-

ständen wird dann aber doch einmal ein Thema vorgegeben. So wurde am 30. April ein „Spezialtresen“, veranstaltet, der sich mit dem Weddingier Blutmai 1929 auseinandersetzte. Auszüge aus diversen Quellen wurden gegenüber gestellt und natürlich gab es auch eine Passage aus dem sehr empfehlenswerten Roman „Barrikaden am Wedding“ von Klaus Neukrantz zu hören. Für alle Anwesenden war es ein ebenso informativer wie unterhaltsamer Abend.

Wer Vorschläge für einen Themenabend hat oder einfach mal selber lesen oder auch nur zuhören möchte, hat dazu an jedem Montag Gelegenheit.

Die erste Lesung beginnt um 21.00 Uhr, die letzte findet um 1.00 Uhr statt. Jeweils eine Viertel Stunde später appellieren die beiden Macher. „Bleibt uns gewogen!“ Dieser Bitte wird sicher jeder gerne entsprechen, der einen der immer öfter vorkommenden Highlights erlebt hat.

Kulinarisch begleitet wird der Lesetresen übrigens durch die „Kiez Cuisine“ der Cralle-Frauen, die über ein erstaunliches Kochkunst-Repertoire verfügen, von Königsberger Klopfen über Österreichische Spezialitäten bis hin zu indischen oder orientalischen Gaumenfreuden. Natürlich nicht gleichzeitig, sondern im Wechsel, denn jedes Gericht wird frisch zubereitet.

| | |
|-------------------------------------|--------------|
| Café Cralle | jeden Montag |
| Hochstädter Str. 10a | Lesetresen |
| zw. U-Bhf Nauener- und Leopoldplatz | |
| 13347 Berlin Tel: 455 30 01 | |

Fett im Hirn und fit im Schaumschlagen

von Hinark Husen

Vor ein paar Jahren, der eine oder andere erinnert sich mit Grausen, hat sich eine verschwiemelte Gemeinschaft von Wirtschaftsunternehmen und Prominenten zu einer der sinnlosesten Kampagnen der Republik zusammengefunden und uns einzutrichtern versucht, dass ein jeder von uns Deutschland sei. Eigentlich hätten sich die Männer und Frauen um Frau Merkel herum durchaus Anleihen machen können, was den Titel ihrer neuen Blöd-Kampagne „fit statt fett“ anbelangt: Auch du wirst bald ein schlankes Stück Deutschland. Man könnte sich ja beruhigt zurücklehnen und sagen: „In Ordnung, machen wir Deutschland halt schlanker. Bayern schenken wir den Österreichern, Schleswig-Holstein darf nach Dänemark rüber und an den Seiten sehen wir zu, dass auch noch ordentlich was wegkommt. Wir straffen das Gesäß: das Saarland geht zurück an Frankreich und der Riesenbauch, die fünf neuen Länder gehen an Polen, vielleicht darf Sachsen auch nach Tschechien rüber, kommt halt drauf an, wer mehr haben will vom fetten Deutschland

Einzig beruhigend ist die Tatsache, dass sich im angepeilten Zieljahr 2020 mit Sicherheit keiner mehr an diese bekloppteste aller Kabinettsideen wird erin-

nern können. Bis zu diesem Zeitpunkt warte ich lieber noch auf all die schönen Werbespots und Zeitungsannoncen zum Thema. Ich freue mich auf einen joggenden Umweltminister Gabriel, dessen Gesichtsfarbe jedem Pavianarsch zur Ehre gereichen würde und der gequält-munter erklärt, er habe durch fünf Minuten Jogging täglich schon 20 Kilo abgenommen.

Abgenommen haben bei dieser Kampagne aber wohl tatsächlich nur die Hirnleistungen der Minister, die aus der Bevölkerung in Deutschland einen Erlebnispark mit lebenden Giacometti-Skulpturen machen wollen. Die Kunstwerke dieses dauerrauchenden und trinkenden Genies sehen alle ein bisschen so aus, als würden sie bei Berührung einfach in der Mitte durchknicken, lauter Nadelmenschen.

Also das eine verspreche ich, ich werde nicht in der Mitte durchknicken, und einknicken, was meine Ess- und Trinkgewohnheiten anbelangt, werde ich schon mal gar nicht. Nicht einmal, wenn eine Bundeskanzlerin wieder einmal zum Barbecue nach Mecklenburg-Vorpommern einlädt und diverse Staatsgäste dann mit gegrillten Zucchini oder Kopfsalat bewirtet. Man könnte ihr dann zumindest nachsagen, mit gutem Beispiel voranzugehen. Auch wenn



sich die Gäste aus dem befreundeten Ausland wahrscheinlich mit Grausen vom Bufett abwenden werden und vermuten, dass Deutschland wieder ein bisschen durchknallt.

Gibt's dann auch bald regierungsgeförderte TV Shows von der Machart wie „Deutschland sucht den Super-schlanken“? Dann wissen zumindest all die magersüchtigen und bulimischen Teenager, warum sie all die Jahre den Finger in den Hals gesteckt haben. Jetzt sind sie am Ziel und werden am Ende das große Bundesschlankheitsverdienstkreuz am Sehnenband erhalten, man darf es ihnen nur nicht umhängen, weil sie dann wie die Giacometti-Figuren in der Mitte durchbrechen würden.

Und was wird aus unserer Würstchen-Industrie? Hat auch nur ein Minister an unsere weltberühmte Würstchenindustrie gedacht? Muss Maica jetzt gepresste Rucola-Stangen produzieren und ein trauriger Metzger, dessen Tränensäcke das mit Abstand dickste an seinem ausgemergelten Körper sind, seinem Lehrling im Werbespot erklären, dass die Deutschland-Salat-Würstchen mit ihren Nullprozent Fett, einmal im Verdauungstrakt angekommen, sofort auf der Suche nach geheimen Fettreserven sind und dort alles gnadenlos vernichten?

Dürfen wir dann ab Windstärke 4 alle nicht mehr aus dem Haus, weil es uns sonst wegweht? Wird es einen geheimen Fettwiderstand geben, wo Menschen über 40 Kilo im Untergrund Broschüren drucken, wie man eine Gemüsesuppe mit mehr als 500 Kalorien pro Liter kochen kann?

Diese Antworten wird uns die Bundesregierung schuldig bleiben, warten wir gespannt darauf, wer in den nächsten Jah-

ren von sich behaupten wird: Schau mich an, ich bin ein Opfer der Fit statt Fett Kampagne, um dann sogleich wirkungsvoll ein letztes Mal genussvoll ins ungesättigte Gras zu beißen.

Statistisch ist ja längst erwiesen, dass dicke Menschen eine höhere Lebenserwartung haben und deshalb ist auch nicht wirklich damit zu rechnen, dass Frankreichs neuer Staatspräsident Nicola Sarkozy alsbald eine knöcherne Merkel-Hand zum Knutschen gereicht wird, denn die Merkel ist zäh, im adenauerschen Ausmaß. Warum der allerdings so alt geworden ist? Vielleicht lag's am Rotwein, den er bekanntermaßen einem Kölsch vorzog. „Ein gutes Glas schärft den Verstand“ soll er mal gesagt haben. Für die jetzige Bundesregierung kommt dieser Vorschlag leider zu spät.

Karikatur: ND Kretschmar

Impressum:

uff'n wedding, als Informationsblatt, wird herausgegeben von der Basisorganisation Wedding, der Linkspartei.PDS.

Namentlich gezeichnete Beiträge liegen ausschließlich in der Verantwortung der AutorInnen.

V.i.S.d.P.: W. Rietdorf, co. Prinz-Eugen-Str. 11, 13347 Berlin, Tel. 465 07 109 email: pds@linkstreff.de web: www.linkstreff.de

Für die Veröffentlichung von Leserbriefen behält sich die Redaktion das Recht von Kürzungen vor.

Kritik und Anregungen sind ausdrücklich erwünscht

21. Juni 2007

Grundeinkommen statt Hartz IV

Auf dem Gründungstreffen des überparteilichen Netzwerks Grundeinkommen wurden vier Bedingungen formuliert, die das bedingungslose, garantierte Grundeinkommen erfüllen soll.

Es soll:

- keinen Zwang zur Arbeit bedeuten,
- einen individuellen Rechtsanspruch darstellen,
- ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt werden und
- existenzsichernd sein im Sinne der Sicherung einer gesellschaftlichen Teilhabe.

Führt ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht zu fehlender Motivation, notwendige Arbeiten zu erledigen? Oder erhöht es sie stattdessen, da ein Grundeinkommen die freie Verfügung jedes Menschen über sein eigenes Leben ermöglicht, und somit Freiheit zu selbst bestimmten, vielfältigen Aktivitäten? In welcher Höhe sollte es gezahlt werden und wer soll es erhalten? Welche gesellschaftlichen und ökonomischen Auswirkungen sind die Folgen? Brauchen wir dann noch einen Mindestlohn oder ist er Voraussetzung? Ist ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle in ausreichender Höhe überhaupt finanzierbar?

Podiumsdiskussion

mit Publikumsbeteiligung

Donnerstag
21.06.2007 19 Uhr
im Haus der Jugend
Reinickendorfer Straße
U-Bahnhof Nauener Platz

DiskussionsteilnehmerInnen:

Jenna Kowalski

Sprecherin der Grünen Jugend Berlin

Ronald Blaschke

Wissenschaftlicher Mitarbeiter von Katja Kipping MdB

Prof. Dr. Harry Nick

Wirtschaftswissenschaftler und Publizist

Günter Sölken

Sprecher des Netzwerks Grundeinkommen

Dr. Herbert Wilkens

Wirtschaftswissenschaftler, ehem. Mitarbeiter des DIW

Moderation:

Susanne Götze

freie Journalistin

DIE LINKE. Wedding

Sozial & Solidarisch

**Links
kommt!**

DIE LINKE. Landesarbeitsgemeinschaft
Grundeinkommen Berlin